



Die fragile Waffenruhe im Libanon und Gaza wurde gestern auf eine harte Probe gestellt. In Südlibanon töteten oder verletzten israelische Streitkräfte nach Angaben libanesischer Beamter Dutzende Menschen. Gleichzeitig verhinderte Israel in Gaza die Rückkehr tausender vertriebener Palästinenser in ihre Häuser – mit der Begründung, Hamas habe die Bedingungen des Waffenstillstands gebrochen. Besonders brisant: Auch die Reihenfolge der vereinbarten Geisel-Freilassungen soll ignoriert worden sein.

Die Hoffnung auf Stabilität

Trotz der Eskalationen gelang es Vermittlern, eine vorübergehende Lösung zu erzielen. Israel und die Hamas erklärten, man habe durch Mediation eine Einigung erzielt. Im Libanon wurde der bestehende Waffenstillstand sogar bis zum 18. Februar verlängert. Die USA begrüßten diesen Schritt und äußerten die Hoffnung, dass die fragile Ruhe länger anhalten könnte. Aber kann eine Waffenruhe tatsächlich Bestand haben, wenn Spannungen an jeder Ecke lauern? Die Frage drängt sich auf, besonders angesichts der Tatsache, dass Tausende Vertriebene verzweifelt versuchen, in ihre zerstörten Heimatorte zurückzukehren.

Die USA und Kolumbien am Rande eines Handelskriegs

Parallel dazu sorgte ein Konflikt zwischen den USA und Kolumbien für Schlagzeilen. Der kolumbianische Präsident Gustavo Petro und der frühere US-Präsident Donald Trump lieferten sich eine hitzige Auseinandersetzung über die Abschiebung kolumbianischer Migranten. Nachdem Trump massive Zölle und Sanktionen angedroht hatte, lenkte Petro ein und erklärte sich bereit, alle Abschiebeflüge, einschließlich militärischer Transporte, zu akzeptieren.

Dieser plötzliche Kurswechsel zeigt, wie abhängig kleinere Länder von den politischen Launen großer Mächte sind. Während die USA die Sanktionen vorerst zurückhielten, bleibt unklar, wie Kolumbien die Rückkehr der Migranten bewältigen will – eine Herausforderung, die die sozialen Spannungen im Land weiter verschärfen könnte.

Ein „Wahlsieg“ in Belarus

In Belarus feiert Aleksandr Lukaschenko seine siebte Amtszeit – wenig überraschend, angesichts der weit verbreiteten Wahlmanipulationsvorwürfe. Staatlich kontrollierte Umfragen zeigten, dass der autoritäre Präsident 87,6 Prozent der Stimmen erhielt. Diese Zahlen übersteigen sogar das Ergebnis seiner umstrittenen Wiederwahl 2020. Mit Kontrolle über die Medien und die Wahlkommission sichert Lukaschenko seine Macht – doch wie lange



kann ein solches System halten, bevor es ins Wanken gerät?

Kurzmeldungen aus aller Welt

- **Grönland:** Nach einem hitzigen Telefonat mit der dänischen Premierministerin Mette Frederiksen hat Trump erneut seinen Wunsch bekräftigt, die teilautonome Insel für die USA zu erwerben.
- **Italien:** Die Regierung hat ihr umstrittenes Programm wiederaufgenommen, Asylsuchende nach Albanien zu schicken, trotz rechtlicher Bedenken.
- **Südkorea:** Präsident Yoon Suk Yeol wurde formell angeklagt – ein historisches Novum in der südkoreanischen Politik.
- **Russland:** Eine Ölkatastrophe im Schwarzen Meer verschärft die Umweltprobleme des Landes.
- **Australien:** Statuen britischer Kolonialfiguren wurden am Australia Day von Protestierenden beschädigt.
- **Niederlande:** Ein kunstvoller Einbruch ins Drents Museum sorgt für internationale Aufmerksamkeit.
- **China:** Die Regierung verschärft die Zensur und richtet sich nun auch gegen harmlose Panda-Fan-Foren.

Eine Welt in Aufruhr

Die Schlagzeilen des Tages zeichnen ein Bild von globaler Unsicherheit. Krisenherde brennen, während diplomatische Schachzüge den Ton angeben. Doch was bleibt am Ende für die Menschen vor Ort? Es zeigt sich einmal mehr, dass das Streben nach Macht oft auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen wird – ein Teufelskreis, aus dem es scheinbar kein Entrinnen gibt.